

Widerstand der inneren Klassenbestrebungen, mit Hilfe der Reichswehr, des „Stahlhelm“ und der Nationalsozialisten eine der Formen der faschistischen Diktatur erachtet, bei der die Sozialdemokratie und das Zentrum den Weg gebaut haben. Die weitere Entwicklung über den Zeitraum dieser Diktatur hängt vom revolutionären Kampf der Arbeiterschaft gegen den Faschismus in seinen heinen Formen ab.

Die Abhängigkeit der Bedeutung einer sozialen Gesellschaft, also Wiedereinführung oder Verschärfung der Taxis, daß es der deutschen Bourgeoisie ohne entlasteten Überstand des Proletariats und der wertvollen Massen gelungen ist, über den Staatsstreit in Preußen (20. Juli) die faschistische Diktatur zu erreichen, muß aufs schärfste zurückgewiesen werden.

Die deutsche Bourgeoisie hat die faschistische Diktatur errichtet. Sie benötigt sie, die gegenwärtige Form der faschistischen Diktatur weiter zur Entfaltung zu bringen.

Die Rolle, die der Reichstag noch in Deutschland spielt, die Distanz, daß er noch existiert, ist kein Gegenbeweis gegen das Werkzeug der faschistischen Diktatur, sondern beweist nur, daß die Bourgeoisie mit allen Mitteln versucht, die Massen über den Verlust ihrer Klassenspitze zu täuschen und Denisse für die wachsende Spannung und Kampflinie der Massen zu suchen und die Kampfmobilisierung für den revolutionären Ausweg aus der Krise zu hemmen, den Nationalen und Sozialfaschisten ihr betrügerisches Spiel zu erleichtern.

Wir dürfen keine Sekunde Illusionen über so genannte „Weimarer“ Einstellungen aufzuheben. Wir müssen uns schärfste die Verluste der SPD erinnern, die Massen für „Weimar“, das heißt gegen die proletarischen Interessen in Bewegung zu lehnen, bekämpfen. Wir müssen durch Organisierung der täglichen Arbeiterschlachten um Arbeit und Freiheit im sozialistischen Kampf gegen die „zweite Republik“ der Sozialfaschisten, gegen Hitlers „Drittes Reich“ und Papens „Heiliges Reich“ den Kampf für den Sozialismus, für die Arbeiters- und Bauernrepublik organisieren.

Mit der Aufrechterhaltung gewisser parlamentarischer Normen, Durchführung von Neuwahlen usw., Auftreten gegen Hitlers „Ansprüche“ usw. sucht die Bourgeoisie sich durch die Papens Regierung den Anhänger einer dem „Volksgenossen“ dienenden Politik und Staatsführung zu geben. Die Bourgeoisie verlangt die völlige Unterordnung der Massen unter ihre faschistische Diktatur mit der ständigen Drohung der Machtausübung an Hitler bei ständigem Ausbau ihrer Macht und Gewaltapparate gegen die in Bewegung geratenen Massen und ihre revolutionären Organisationen. Ein Verlust, den die sozialfaschistischen Rührer durch ständige Neuauflagen ihres Beitragsmandates des sogenannten „kleineren Uebels“ unterstützen.

Die weitere Stärkung des bereits mächtig einflussreichen Widerstandes gegen die Durchführung der September-Richterordnung ist deshalb die zentrale Frage der gesamten Politik des Proletariats und der Kommunistischen Partei.

Schon hat die Arbeiterschaft an vielen Stellen den Unternehmern Zugeständnisse abgetragen. Weiteres Vorstoßen unter unserer Führung wird die Schwierigkeiten der Bourgeoisie außerordentlich erhöhen, die Differenzen im Lager der Bourgeoisie vertiefen und Sozial- und Nationalsozialisten die Durchführung ihrer Beitragsmandate erschweren. Eine weitere Steigerung des proletarischen Widerstandes wird neue große Klassenkämpfe werden und das Kraftbewußtsein der Arbeiterschaft steigern, wird die Führerrolle der Partei in den Massen stärken und zugleich ein entscheidendes Hebel sein für die Heranziehung breiterer wertvoller Schichten an das kämpfende Proletariat und seine kommunistische Partei.

Die Sozialdemokratie ist nach wie vor die soziale Hauptklupe der Bourgeoisie. Die Sozialdemokratie hat den Sozialismus in Deutschland (wie in allen Staaten um) an die Macht gebracht. Sie hinderte und hindert den weiteren Kampf der Massen gegen den blutigen Faschismus. Der Einfluß der Sozialdemokratie ist das Haupthindernis der proletarischen Revolution.

Das Ende der kapitalistischen Stabilisierung bedeutet, daß das spezifisch Gewicht des Faschismus im Verwaltungs- und Regierungssystem des Kapitalismus sich erhöht, ohne daß die Rolle der Sozialdemokratie als sozialdemokratische als soziale Hauptklupe dadurch irgendwie vermindert wurde. Die sozialdemokratischen Bürokraten wurden in immer stärkerem Maße aus den Staatsfunktionen verdrängt. Die Hauptberufungsmethoden der Sozialdemokratie aus der Periode der kapitalistischen Stabilisierung („Demokratie“, „Volksbund“, „Weitfrieden“) wurden unwirksam.

Die sozialdemokratischen Führer greifen unter den neuen Bedingungen zu neuen Verteilungsmethoden.

Diese Methoden sind im wesentlichen: 1. Scheinbares Eintreten der Sozialdemokratie für Erbteilungsordnungen („Sozialismus“, Umbau der Wirtschaft usw.). Demgegenüber helfen wir die Machtfrage des Kampfes um die Diktatur des Proletariats und als der entscheidenden Voraussetzung für die Verwirklichung des Sozialismus. 2. Die SPD-Führer tauschen einen Kampf gegen den bürgerlichen Staat vor (Was „Der Sozialismus steht auf der Tagessordnung“). Demgegenüber helfen wir uns die Aufgabe, immer breitere Massen sozialdemokratischer Arbeiter in den von uns geführten Kämpfen auf der Basis der Einheitsfront von unten mit den Mitteln der proletarischen Demokratie von der Haltung des SPD- und KPD-Führer für den Sozialismus und die kapitalistische Diktatur zu überzeugen. 3. Die sozialdemokratischen Führer treten deutlicher für den Generalstreik ein, bei Teilkämpfen ist nichts mehr zu erreichen“ liegen wir um. Demgegenüber organisieren wir den Teilkampf um wertvollste Forderungen und politische Forderungen als Voraussetzung für die umfassende Awendung des Waffen des politischen Massenstells bis zum Generalstreik.

Die Sozialdemokratie hört also keineswegs auf, ihre Rolle als soziale Hauptklupe der Bourgeoisie zu spielen (wie opportunistische Elemente behaupten), wenn sie nicht mehr als Regierungspartei der Bourgeoisie verwandt wird. Ihre Rolle als soziale Hauptklupe der Bourgeoisie kommt dadurch zum Ausdruck, daß sie alles tut, um den Kampf des Proletariats, den einzigen revolutionären Klupe, gegen die bürgerliche Diktatur in allen ihren Formen zu binden.

Der Prozeß der Faschillerung der Sozialdemokratie ist mit der Errichtung der faschistischen Diktatur nicht etwa abgeschlossen, sondern geht weiter vor sich. Der Kampf der SPD-Führer gegen die revolutionäre Voraussetzung des Proletariats, gegen die KPD, gegen alle revolutionären Organisationen nimmt schärfere, brutalere Formen an.

Faschismus und Sozialfaschismus, die vom General Stalin als Zwillingsschwestern bezeichnet wurden, stimmen völlig überein darin, daß sie gegen die Herrschaft des Proletariats und des wertvollen Volkes kämpfen. Sie sind für die Aufrechterhaltung und Festigung der kapitalistischen Diktatur.

Über das heißt keineswegs, daß es in ihrem Verhalten keine Unterschiede gäbe. Die Feststellungen des XII. Plenums in diesem Punkt sind von besonderer Bedeutung für Deutschland gerade im gegenwärtigen Moment, wo die sozialfaschistischen Führer als „Verteidiger des Volkes“ sich aufzufinden. Die Sozialfaschisten klammern sich an die Institutionen und Verhältnisse des Parlamentarismus, weil das Bestanden des sozialen und politischen Lebens ihnen die Durchführung ihrer Funktion des Beitrags der Arbeiterschaft erleichtert und ihnen hilft, ihre Eintritt in die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gewaltsherrschaft vor den Massen zu verschleiern.

Unter dem Schein eines Kampfes für die „Sozialrechte“, die angeblich durch das Parlament garantiert sind, indem die Sozialfaschisten die revolutionären Massenaktionen gegen Kapitaldestitution und Sozialismus zu verhindern

Polizeimaßnahmen halten uns nicht auf

Berlin, 18. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Zu 15 überfüllten Versammlungen und Massen Kundgebungen eröffnete gestern abend die Berliner Parteiveranstaltung den Wahlkampf für den Sieg der Rote. In allen großen Städten Berlins sprachen die Rodeure zu den von revolutionärem Kampfgeist und Siegesverachtung erfüllten Massen. Mit brausendem Jubel wurden die Kampfparolen der KPD aufgenommen. In den Versammlungen beteiligten sich zahlreiche sozialdemokratische und nationalsozialistische Arbeiter.

Auch gestern wieder wurde eine Reihe Wahlversammlungen der kommunistischen Partei von der Polizei aufgelöst. Als Grund zur Auflösung gab die Polizei an, daß „der Redner eine nicht vorhandene Kriegsgefahr bestreite“. Das ist in wenigen Tagen der dritte Fall, wo die Polizei gegen weitere Kampf gegen den drohenden imperialistischen Krieg vorgeht.

Im Zentrum Berlins kam es zu erneuten großen Arbeiters-demonstrationen. Die Polizei räumte die Straßen mit dem Gummiknüppel und verhaftete eine Person.

„Ruhr-Echo“ verboten!

Arbeiter, verhaftigt eure Presse!

Cologne, 14. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Herrn nach gegen 1 Uhr erschien in der Druckerei des „Ruhr-Echo“ ein Schupo-Commando und unterliegt den Toren der Zelle. Während der ganzen Nacht wurde das Haus mit Schupo-polten verhext.

Im Laufe des heutigen Vormittags wurde ein Verbot des „Ruhr-Echo“ auf 14 Tage ausgesprochen. Aussprochen ist das Verbot nicht auf Grund der Pressenotverordnung, sondern auf Grund des Republikanergesetzes.

Radebeul legt mit einstelliger Unterbrechung „Die Rote“ schon fünf Wochen lang unterdrückt ist, erfolgt jetzt, nun vor den Reichstagssitzungen, ein zweizehnteljähriges Verbot der kommunistischen Tagesszeitung für das Rückgebiet. Der Radebeuler Arbeitervorstand soll ihr Spenderantrag genehmigt werden. Schließlich wird den Massenprotest! Gibt auch am 6. November eine wichtige Millionenabstimmung für Kommunistischen Freiheit und sozialistische Freiheit zu verhindern, daß ihr gewillt ist, wie ja letztere Freiheit zu verhindern!

Blutige Rassisme

Braunschweig, 15. Okt. (Eig. Drahtbericht)

In der Nacht zum 13. Oktober wurde an der Straße der Gewerkschaften der Handlungsgeschäft Willy Kampf aus Salzwedel mit 5 Schuhverlegern tot aufgefunden. Nach Mitternacht wurden Einwohner des Ortes in Angst vor der Tat ein Auto mit schweren Zuhältern und gefährlicher Nummer durch das Dorf geschickt. Die Polizei stellte auf Grund ihrer Ermittlungen fest, daß Kampf aus dem laufenden Auto geworfen und dann erschlagen wurde.

Kampf war aktives Mitglied der Gewerkschaftsgruppe SG in Wohldorf im Landkreis Braunschweig. Von dieser Organisation wurden in den letzten Wochen zahlreiche Bombenattentate verübt, von denen auch Kampf wurde. Aufschlüssel trauten sich nicht mehr und hat jetzt durch diesen bestialischen Gemeindeunruhen Wohlwollen erledigt.

Einer der Mörder wird bereits in der Haftstrafe verurteilt. Auch die anderen Täter sind der Polizei bekannt. Gestellt ist noch niemand.

Reformistische Streikbrecher am Werk

Berlin, 15. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie hat den ausdrücklichen Streik der Berliner Halbwirkschaft abgewürgt. Nachdem gestern vorzeitig der Schlichtungsausschuß einen Vergleichsvorschlag mit zahlreichen Verbesserungen für die Halbwirkschaft gemacht hatte, legte sich die Gewerkschaftsbürokratie in der Vollversammlung der Streikenden für Annahme dieses „Vergleichs“ ein.

Mit 200 gegen 100 Stimmen wurde schließlich der Vergleich angenommen. Entzogen allen irreführenden Meldungen der reformistischen Streikführern teilen die Halbwirkschaft mit, daß Verteilungen revolutionärer Radikale zu erwarten sind.

Unter Führung des roten Verbandes

Bremen, 15. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Die Gewerkschaftsleitung des Wellerluhngsbürokrates sind gestern in den Streik getreten, der unter Führung des roten Einheitsverbandes und der KPD steht. Zahlreiche Schiedsverhandlungen haben eigene Komplikationen gebildet, ein zentraler Kampfauflösung

Streik in der Kartonagenfabrik Fuchs

Der Streik der Belegschaft der Kartonagenfabrik Fuchs ist weiter. Gestern wurde der Streiklohn ausgeschafft. Die 450 sozialistischen Mitarbeiter verzögerten in geschlossener Zuge in Bierereien den Betrieb und verließen ihn in derselben Geschlossenheit. Die Gewerkschaftsleiter stehen auch heute wieder gemeinsam mit den Sozialistengeschäftsführern zusammen. Die Gewerkschaftsführer, zu früher nicht genug über die angeblichen „Verteilungspunkte“ der Industriekämpfen informiert, haben verkannt, daß die Streikenden im Fabrikhaus kostloses Mittagessen erhalten. Wie wir erfahren, in einem Betrieb eine Sammelaktion für die streikende Belegschaft eingeleitet worden.

Der Schlichter hat bei den Verhandlungen über den Streik in der Kartonagenfabrik Fuchs einen Kompromißvorschlag gemacht, der einen Vorschub von 25 Prozent für die 21. bis 40. Stunde vorsieht, trotz 30 Prozent, wie die Firma angeboten. In der heute vorzeitig stattgefundenen Streikversammlung wurde dieser Vorschlag einstimmig abgelehnt.

Der Gewerkschaftsbürokrat Scheibe wagte es bei der Gewerkschaftskampfumfrage der Belegschaft nicht, offen für die Annahme des Schlichtvorschlags einzutreten. Er sprach von einer „ungeliebten Rechtslage“ und empfahl, sich eventuell bis zum Spruch des Schlichters zu äußern.

Es sei doch vor allem noch angeführt, ob die Neuorientierung der Gewerkschaftsbürokraten eingetreten. Es spricht von einer „ungeliebten Rechtslage“ und empfahl, sich eventuell bis zum Spruch des Schlichters zu äußern.

in Berlin, dem Schauplatz des Staatsstreites, eine ausgenügende unmittelbare Vertretlichkeit und etliche Verträge der Partei in der praktischen Durchführung der vom Zentralkomitee gegebenen Direktiven.

Das sind Tatsachen, die die Partei verpflichten, auf die Grundlage der Beratungen und Beschlüsse des 12. Plenums vor der nächsten Friedenskonferenz der Gewerkschaftsbürokraten einzutreten. Um diese Gewerkschaften zu überwinden, müssen die Gewerkschaftsbürokraten die Gewerkschaften verstehen, um diese Gewerkschaften einzuführen.

Gegenüber den gehirtenen Managern der Sozialdemokratie und der rosigem Demagogie der Hitlerherrschaft muss die Partei unter Ausnutzung aller, auch der geringsten Möglichkeiten unter den breiten Schichten verheißen, Räume und allerlei sozialistische Initiativen zu bewilligen, um diese Gewerkschaften einzuführen.

Die Partei muß sich in dieser Arbeit rütteln auf die praktischen internationalen Erfahrungen (Belgien, Tschechoslowakei, Polen usw.), um besser zu lernen, Teilkämpfe zu organisieren und mit ihrer Hilfe die Massen auf eine höhere Stufe im Kampf zu rütteln und die Voraussetzung für die Entwicklung politischer Massenstreiks bis zum Generalstreik zu schaffen.

Das Ende der kapitalistischen Stabilisierung bietet neue Möglichkeiten für die Entwicklung wirtschaftlicher Kämpfe. Ende der sozialen Reformen bedeutet den gehirtenen Gewerkschaften einen Angriff auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft. Die Sozialdemokratie will die Arbeiters vom unmittelbaren Kampf gegen die weitere Verstärkung des Lebensstandards der Massen durch Verbesserung auf den Tag der Entscheidungskämpfe, auf Kämpfen usw. abhalten.

Die Partei aber muß den praktischen Tagessieg der breiten Massen organisieren in dem Bewußtsein, daß ohne Organisation und breiter Entwicklung der Wirtschaftskämpfe, in denen auf zu schwächelnden Schichten leidet, kann die Gewerkschaften nicht mehr auf die Arbeiters und Bauernrepublik zu erringen.

Das deutsche Proletariat wurde nicht bestellt. Die weiteste Entwicklung der Dinge in Deutschland hängt ab von der Entwicklung der Wirtschaftskämpfe und von vielen inneren und äußeren Entwicklungen des wirtschaftlichen und politischen Lebens. Über einschlägig für den Gang der weiteren Entwicklung ist die Qualität der Arbeiterschaft, die Entwicklung der Massenfront unter Führung der Kommunistischen Partei. Eindeutig ist, ob es uns gelingt, die antifaschistische Front zu errichten in Sinne einer Einheitsfrontaktion, ob es gelingt unter weiteren Erfolgen die breiten Massen gegen die Papen-Schleicher-Regierung zu organisieren, die Entwicklung des proletarischen Kämpfes zu verhindern.

Die deutsche und die internationale Bourgeoisie weiß, daß die Entscheidung in dem Wettkampf der revolutionären Kräfte und der faschistischen Konterrevolution in Deutschland, wobei die Gewerkschaften für den revolutionären Kämpfer beginnen, von entscheidender Bedeutung ist für das Schicksal der Bourgeoisie, für das Schicksal der Befreiung der Arbeiterschaft in ganz Welt.

Trotzdem verhindert die Sozialdemokratie die Entwicklung der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften sind in der Gewerkschaftsbürokratie

ausgestorben, die Gewerkschaften sind